

Saskatchewan Courier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der

Saskatchewan Courier Co., Ltd.

Fritz Bringmann, Geschäftsführer.

J. A. Kujala, Redakteur.

Redaktion und Expedition:

1835 Hallig St. Regina, Sask.

Rue Effie Avenue.

P. O. Box 505. Telephone 3391

Abo nementenpreis:

In Canada \$1.00

In den Ver. Staaten \$1.50

In Europa \$2.00

Korrespondenzen, Mitteilungen, Anzeigen und Änderungen jeglicher Art müssen spätestens bis Sonnabend eingehen, wenn dieselben noch aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und anderen Ländern finden jederzeit gerne Aufnahme. Solche Korrespondenten überall gesucht.

Adressen - Änderungen von Reisen sollten uns sofort mitgeteilt werden, desgleichen sind die Abonnenten gebeten, die Reise sofort zu benachrichtigen, falls der Post austreibt oder verzaubert. Die Zustellung vor kommt, damit dieselbe darüber bei der Post Erklärungen erhalten und Abfälle verhindern kann.

Postreise-Miete für kleine Ansiedlungen: wie: Baumwollauf, Auktions-, Entlass-, Biegeln, Verkäufe, S. Lengen, Verkäufe, Verkäufe, gefunden usw. neuer.

Vorausbegabung: für jede Anzeige 1 Zoll einpaidig 50c für die zweite Inseration 25c für jede Anzeige 2 Zoll einpaidig 50c für die zweite Inseration 25c für jede weitere Anzeige und Größe denselben Betrag.

Requiliäre Anzeigenarten für Einzel- oder Raumkonturen werden auf Anfrage bereitwillig bekannt gegeben.

CH. A. LEBEL

Nedaktionelle Rundglossen.

Lieber Leser! Bei Bezahlung Deiner kleinen Schulden solltest Du auch den "Courier" nicht vergessen, der Dir schon solange Jahre Kredit gegeben hat. Wir müssen gewöhnlich unsere Rechnungen alle Monate bezahlen. Also nicht vergessen, wenn Du wieder zur Stadt und zur Post fährst.

Die Temperanzler werden es mit ihrer mächtigen Agitation noch dahin bringen, daß es keine gibt, die sich nicht allein informationsmäßig, sondern sogar verfassungswidrig bezeichnen.

Im Betrieb der Kohlegruben haben in Pennsylvania im vor gen Jahrre wieder 1141 Bergleute ihr Leben lassen müssen. Gerade 1141 zu viel.

Der Standpunkt der meisten Männer in der Frauenfrage läßt sich darin definieren, daß ihnen die jungenen alten Frauen ein gutes Stadtliebe sind, als die alten neuen.

Mädchen, so hören wir von einer erfahrenen Mutter, bereiten mehr Honeyleid als die Knaben. Was beschäftigt die meisten Männer ja wohl bereit sein werden.

Der Kaiser hat den Offizieren verboten, ihre Begleiterinnen auf der Straße nach amerikanischer Weise unterzufassen. Das sah unmöglich aus. Da hat er nicht so unrecht! Es sieht sogar unschön und unter Umständen auch komisch aus.

Unsere Großmütter heirateten erst, wenn sie es zweimal gründlich überlegt hatten; beim heutigen Geschlecht fängt diese Überlegung gewöhnlich erst an, wenn man zweimal verheiratet gewesen ist.

In Munice, Indian, ist eine Missionarin Polizist geworden. Sie will hauptsächlich die verfolgte weibliche Unschuld beschützen. Und dazu bedarf die Frau des Amtsschildes und des Knüppels!

Doch der achtzigjährige Mann in Philadelphia, der seine frische Frau totschlug, weil sie es so haben wollte, nicht recht bei Trost sein kann, muß doch jeder einzelne, man sei ihm aber ins Buchhaus gestellt. Wo du nicht bist, Herr Organist, da schwiegen alle Glöckner!

Ein aus deutschen und französischen Parlamentariern gebildeter Ausschuss will Deutschland und Frankreich verhindern. Die Stimmung, auf die es dabei ankommt, ist heute noch, besonders in Frankreich, höchst ungewiß. Ganz aber für das Streben des Ausschusses wichtig wirken. Das ist die dem französischen Reich entgegensteht, alle seine Auferksamkeit auf die Zustände im eigenen Lande zu richten. Lieben werden sich Franzosen und Deutsche immer. Sie gegenwärtig zu ordnen, haben sie bereits gelernt. Sie werden sich auch vertragen müssen. Und das dies geschieht, daran kann der "Verbindungs-Ausschuss" mit Kräften und auch mit Erfolg mitarbeiten.

Das Genossenschafts-Gesetz

In der letzten Sitzung der Legislatur von Saskatchewan wurde ein Gesetz bezüglich Incorporation genossenschaftlicher Vereinigungen aufgestellt. Dieses Gesetz besagt, daß fünf oder mehr Personen sich zusammenfassen und sich als eine Gesellschaft incorporieren lassen können, um nach dem Genossenschaftsgesetz Vieh, Farmprodukte und allgemeine Bedarfssorten ("Supplies") zu produzieren, kaufen oder verkaufen. Nach dem Vorlaute des Gesetzes ist unter "Supplies" zu verstehen: Bau- und Einzäunungsmaterial, Heizmaterial, Wehl, Tüter und alle anderen Bedarfssorten, die in Waggonladungen verschickt werden und von einem Lagerhaus zur Verteilung gelangen können.

Die Regierung hat einen Registrar ernannt, dessen Aufgabe es ist, nicht nur bei der Incorporation dieser Gesellschaften in jeder Weise behilflich zu sein, sondern auch später, damit die Gesellschaften der selben in ordnungsmäßigerweise geführt werden. Auch wird dieser Registrar Statuten für jede Vereinigung ausarbeiten.

Das Gesetz bestimmt, daß 75 Prozent der Aktienfläche einer jeden Vereinigung Landwirte sein müssen, und lädt zu, daß Aktien übertragen oder von der Person eingefordert werden. Alle Gewinne muß auf folgende Weise verteilt werden: Jeden Prozent fließen in den Reservefonds, bis derselbe 30 Prozent des eingesetzten Kapitals ausmacht; mit sechs Prozent wird das Aktienkapital verzehrt, und der Rest wird unter die Kunden der Vereinigung verteilt. Hierbei kommt nicht in Betracht, ob ein Kunde ein Aktionär ist oder nicht, sondern lediglich der Betrag, den die von ihm mit der Vereinigung abgedienten Gesellschaften repräsentieren. Die Dividenden, welche aus Grund des Systems des Nicht-Aktionärs zwischen, können zurückgehalten werden, bis sie dem Werte einer Aktie gleichkommen, woraufhin dem Betreffenden ein vollwertiger Anteilnehmer ausgestellt wird, der ihn zum regulären Aktionär der Gesellschaft macht. Bei sämtlichen Gesellschaftstransaktionen kommt nur Bargeld in Betracht, und Kredite geben ist durchaus verboten. Das sind die Hauptpunkte des Agricultural Co-operative Associations Act.

Obwohl dieses Gesetz kein so großes Gebiet umfaßt wie die Genossenschafts-Aktie in Manitoba und Alberta, so gibt es den Farmer Saskatchewan doch Gelegenheit, mit der Verhöhung ihrer eigenen Lebensbedürfnisse nach dem Genossenschaftssystem zu beginnen und sich mit den wahren Prinzipien des Genossenschaftssystems vertraut zu machen. Sind die Gesellschaften erst ins richtige Geleis gebracht worden, dann können Änderungen oder eine Erweiterung dieses Gesetzes je nach den vorliegenden Bedürfnissen ohne Schwierigkeit vorgenommen werden.

Das Gesetz sieht keine Engros-Einkaufsagentur für diese Gesellschaften vor, jedoch kann die Saskatchewan Co-operative Elevator Co. sobald 25 Losalkvereine gegründet sind, als solche fungieren und zwar solange, bis die Losalkvereine eine derartige Agentur selbst einrichten und betreiben wollen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Farmer Saskatchewan in Kürze alle ihre Gesellschaften im Wege des Genossenschaftsvertrags, und da man sie in jeder Weise hierbei unterstützen wird, werden sie auch schnell Fortschritt zu vereinigen haben. Und doch sollten sie bei diesen Unternehmen vorsichtig zu Werke gehen, denn das Genossenschaftssystem ist in diesem Lande noch neu, und daher muß man auf den Unterbau ganz besonders Sorgfalt verwenden. Nur dann wird solch ein Riesen-Unternehmen, das sich mit der Zeit über die ganze Prärie erstrecken wird, gegen die Stürme der kommenden Jahre gefestigt sein.

Redistribution

Redistribution, d. h. Neuenteilung der Wahlkreise, soll also tatsächlich vorstehen. Benötigt muss man das aus der Thronrede bei Eröffnung des Parlaments in Ottawa holen. Verzögert kommt diese Maßnahme allerdings; denn die leichte Volkszählung fand im Jahre 1911 statt, aber das ist nicht so wichtig wie der Inhalt der Vorlage, obwohl man nicht gerade begreifen kann, daß das Kabinett den richtigen Weg eingeschlagen hat, um diese Maßnahme ganz unnötiger Weise hinauszuschieben.

Offenkundig ist man bei der Ausarbeitung der diesbezüglichen Vorlage bestrebt gewesen, allen Partei angetragen zu werden. Canada hat in dieser Beziehung schon manche schlechte Erfahrung gesammelt, und vielleicht hat die eine Partei ebenso gefordert wie die andere. Aber schlechte Beispiele, welche politische Gegner in vergangenen Tagen gegeben haben, kann man nicht als Entschuldigung für etwas ge Unzertreitbar anführen, die man auch heute zuladen lassen läßt. Man darf sich wohl kaum der Hoffnung berasen, daß Herr Borden mit den Redistributions-Vorlagen sowohl seine Freunde als auch seine Gegner zufrieden stellen kann.

Die leiste Redistributions-Vorlage passierte das Parlament ohne grohe Schwierigkeiten, und ohne auf große Opposition zu stoßen. Selbstverständlich wurden von Herrn Borden und seinen Getreuen, die damals die Oppositionspartei bildeten, verschiedene der in der Vorlage enthaltenen Punkte kritisiert, aber im Allgemeinen war man der Ansicht, daß die Bill bald von Parteien, ziemlich gerecht wurde. Falls gegen die jetzige Vorlage ebenso wenig einzustehen ist, wird ihre Annahme im Parlament ohne jeden Zweifel kaum auf irgendwelchen Widerstand stoßen. Sollte sich aber Herr Borden haben verletzen lassen, die Neuunterteilung der Wahlkreise zum Nachteil der Opposition vorzunehmen, dann ist es Pflicht der liberalen Partei, solange dasgesetz anzusegnen, bis die Vorlage dahin abgeändert worden ist, daß das Volk in allen Teilen der Dominion gerecht wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es zu einem erweiterten Komitee kommen, denn diejenigen unter Herrn Bordens Ratgebern, deren unsauberen politischen Machenschaften allen nur zu bekannt sind, werden nicht versuchen, ihren schlechten Einfluss auch bei Aufführung dieser Vorlage geltend zu machen. Schon in verschiedenen Teilen des Landes ist genügt worden, man werde einzelne Wahlkreise zusammenstellen, daß die Wahl eines konservativen Kandidaten gesichert sei.

Auf diese Weise werden eine große Menge Wähler indirekt ihres Stimmrechtes beraubt. Der Wähler mag wohl seine Stimme abgeben, aber dieselbe hat fast gar keinen Einfluß auf den Ausgang der Wahl. Und gegen irgend eine Maßnahme, die derartige Zustände ermöglicht, sollten nicht nur die Liberalen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ankämpfen, sondern jeder kanadische Bürger, dem daran gelegen ist, daß das öffentliche Leben in Canada nicht verpetzt wird.

Das Verteilungsproblem in Österreich

Österreich wurde erst mit Beginn der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ein Auswanderungsland. Nach der Einwanderungswelle der Vereinigten Staaten wanderten in dem Jahrzehnt von 1881-1890 etwa 200.000 Österreicher in Amerika ein. Den folgenden Jahrzehnten sind diese Zahlen dann stark gestiegen. 1891-1900 stiegte man rund 400.000. 1901-1906 bereits 565.000 eingewanderte Österreicher. In den Jahren von 1906-1912 ergab die Statistik der europäischen Länder 705.353 österreichische Auswanderer, von denen 600.000 nach den Vereinigten Staaten, 105.000 nach Kanada gingen. Außerdem wohnten rund 40.000 österreichische Auswanderer Südamerika als Reisziel. Danach haben also die Vereinigten Staaten den weit aus überwiegenden Teil der österreichischen Auswanderung aufgenommen, während nach Canada nur etwa 15 Prozent gekommen sind.

Das Hauptauswanderungsgebiet Österreichs ist Galizien. Von den 917.380 Auswanderern, die in den Jahren von 1901-1909 Österreich verließen, waren 451.392 Polen und Ruthenian. Relativ stark mit Rücksicht nämlich auf die geringe Bevölkerungsdichte - ist die Auswanderung sodann in den Küstengebieten. Das liegt auf ihre Ursachen schließen. Die Küsten des Adriaburgerreiches sind wenig fruchtbar. Hinter einem schmalen Band fruchtbaren Bodens erheben sich steile Karstberge, felsig.

Bitte, nicht zu vergessen, daß jede der sich nun auch von diesem Monat speziell am Wasserwagen schwimmt! Amerikanisches Blut verleiht sich in folch internationalen Verkehr nicht.

Die ehemalige Amerikanerin Clara

Ward, ehemalige Prinzessin Chiraz,

ehemalige Ehefrau König Alfonso, ehemalige Frau Soudos und gegenwärtige Italienerin Ricciardi, scheiterten und

auch mit Erfolg mitarbeiten.

ohne Wald, nur zur Viehzucht geeignet. Es fehlt an größeren Städten, an Industrie und Handel. Der Bevölkerung mangelt es an Erwerbs-, ja an Ernährungsmöglichkeiten. Galizien dagegen, der Wohnsitz der Polen und Ruthenian, verfügt eine große Bevölkerung, rund acht Millionen. Es fehlt ihm an Industrie, es ist überwiegend Ackerland, 77 Prozent der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, in Böhmen dagegen nur 33,6, im Deutschen Reich 29,5 Prozent. Auf 100 Hektar (250 Acre) landwirtschaftliche Fläche kommen in Galizien 100 von der Landwirtschaft lebende Personen - in Böhmen 68, in Bayern 58, in Preußen 47. Zur Besteigung von 100 Hektar genügen in Preußen 26, in Holland 27, in der Schweiz 22; in Galizien müssen sich 60 Personen in diese Arbeit teilen und von dem dadurch gebotenen Ertrag leben. Und dabei ist die galizische Landwirtschaft, der galizische Boden um rund ein Drittel ertragsschwächer als der deutsche. Hinzu kommt endlich eine ungünstige Verteilung des Grundbesitzes. Von rund einem Mill. an landwirtschaftlichen Betrieben haben 42 Prozent nur eine Größe bis zu 5 Acre, 37 Prozent bis zu 12½ Acre, 15 Prozent bis zu 25 Acre und 4 Prozent bis zu 50 Acre.

Bei dieser Verteilung des Grundbesitzes und dem Mangel an industriellen Arbeitsmöglichkeiten ist die große Auswanderung nur natürlich. Ganz Galizien hat nur 1067 fabrikähnliche Betriebe, das sind 6½ Prozent aller solcher Betriebe in Österreich, während die Bevölkerung 28 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das Korrelativ ist aber nicht nur die übereckseitige Auswanderung, auch nach Deutschland strömen zahlreiche Arbeitskräfte ab; nicht nur Saisonarbeiter für die österreichische Landwirtschaft, sondern aus Süßfranken für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Wan läuft im Jahre 1911 die Zahl der in Deutschland tätigen Industriearbeiter galizischer Herkunft auf 200.000, die der landwirtschaftlichen Arbeiter auf 300.000. Von diesem Arbeitsteil der deutschen Arbeit waren etwa 350.000 mit Saisonarbeiten, während 150.000 ihrer Heimat bereits dauernd den Rücken gekrempft hatten. Neben dem Bergbau ist es vor allem die Eis-, Stein- und Ziegelfabrikindustrie, die die galizischen Arbeitskräfte aufnimmt. Ferner wandern jährlich 15.000-18.000 österreichische Arbeiter nach Rumänien ab, 8000 nach Frankreich, 10.000 nach Dänemark, 2400 nach Schweden. Im ganzen suchen jährlich etwa 550.000 österreichische Arbeiter in Auslande Beschäftigung. Gelangen dann günstige Berufe der über See Auswanderer, verstärkt durch Geldsendungen an zurückgebliebene Familienangehörige nach Hause (österreichische Arbeiter in den Ver. Staaten senden nach der Statistik jährlich fünfzig bis sechzig Millionen Dollar in die Heimat), so wird damit der stärkste Anreiz gegeben, ebenfalls dem Zug in die Fremde zu folgen.

Keine „Verbannung nach Sibirien“ mehr

Die Welt schreitet vorwärts - sogar in Auhland. Inwieweit nimmt es dort etwas länger bis sich das Licht der Erkenntnis Bahn bricht, aber endlich liegt doch die Vermutung. So hat vor kurzem die Duma eine Reform des Justizwesens angehend, durch welche der Begriff „nach Sibirien verbannt“ aller früher herkömmlichen Schrecken entkleidet wird. Bisher hat man im Auslande Sibirien eigentlich nur aus der groll gefärbten Beschreibung sensationalistischer Reisebeschreibungen und einer Anzahl plumper Melodramen gesehen. Die große Menge denkt sich unter Sibirien eine in Eis und Schnee starrende Finoide, wo in den Schwefelminen unglückliche Verbannete unter der Kugel entmenschen. Außerdem schwere Brotharbeit verrät davor, müßte. Diese Vorstellung hat im großen Ganzen nie viel Verachtung gehabt, wie überhaupt die russische Strafjustiz nicht so blutdürstig gewesen ist, wie man glauben möchte. Tatsächlich gibt es nur ein Verbrechen, das mit dem Tode bestraft wird und das ist der Hochverrat. Alle anderen Verbrechen, politische wie gemeine, wurden bisher nach Sibirien verbracht, um dort folenisiert zu werden. Die Regierung erwartete vielleicht, daß diese Anspielungen in abniedrigem Weise zur Erhöhung des Landes führen würden, wie z. B. die britischen Gefangenentransporte nach Botany Bay, welche den Beginn des australischen Staatswesens bildeten. Diese Erwartung aber traf nicht an und zwar aus dem Grunde, weil den Verbrechern, nachdem sie sich etwas eingelegt, die ausgiebige Gelegenheit zur Flucht geboten war, da sie nicht wie die australischen Sträflinge durch Trennung von Meilen des Weltmeeres vom Mutterlande getrennt waren. Über kurz oder lang wußten die Verbrecher ihren Weg nach Hause zu machen und da sie auf ihren langen Wanderschaften vor keinem Verbrechen zurückstanden, um ihre Flucht zu überreden, bildeten sie für die gesuchte Bevölkerung eine stete Gefahr, für die Entwicklung des Landes ein Hindernis.

Von diesem Gesichtspunkte ausgesehen, ist nun mehr, nachdem das Gesetz für die meisten Verbrecher bereits früher aufgestellt worden war, beschlossen worden, auch gemeine Verbrecher nicht mehr nach Sibirien abzuladen, sondern sie dagegen in Strafanstalten zu mittlerer Bestrafung anzuhalten. Sofern sie beim Begehen zu verwenden. Diese Neuerung dürfte für das Land selbst einen großen Vorteil bedeuten und den freien Bewohnern Sibiriens ebenso willkommen sein, wie sie den Herren Späbuben, die jetzt unter strenger Obhut kommen sollen, amwillkommen sein müssen.

Europas Alleinstaaten in Sorge

Die verschiedenen Kleinstaaten Europas haben sich vor Jahren und Jahrzehnten ihre Neutralität durch internationale Verträge garantieren lassen, durch die ihnen versprochen wird, daß sie nicht zum Angriffsobjekt gemacht werden sollen, solange sie selbst sich neutral verhalten.

Trotz dieser Abkommen sind diese Länder indessen in ziemlicher Sorge, die sich in dem Beobachten fundiert, sich an der Verteidigungsmanie der Großmächte zu beteiligen.

Wo man hinsieht, ob nach der Schweiz, nach Schweden, Norwegen, Belgien oder Holland, überall zeigt sich eine unverhüllbare Unruhe und überall wird die kriegerische Bereitschaft geprüft und erhöht.

Was kann den kleinen Staaten nicht verdenken; daß sie sich den bis an die Zähne bewaffneten großen Nachbarn gegenüber unbehaglich fühlen. Trotz Friedensgeredes ist diesen Kleinstaaten klar, daß sie, die von größeren, sich einander feindlichen Nationen umgeben sind, eines Tages in den Konflikt hinzugezogen werden könnten, der früher oder später auszubrechen droht.

Deutschland hat es freudig verkündet, daß seine kleineren Nachbarn das in der Schweiz befindliche Schwert nicht rosten lassen, sondern sich für alle Möglichkeiten bereit machen. Die Andeutungen in englischen, französischen und amerikanischen Blättern, als ob Deutschland es auf die Schweiz, auf Belgien oder Holland abgesehen hätte, sollen nur dem Zwecke der Verhetzung dienen. Niemand im deutschen Reich hat derartige Absichten.

Die andere Frage ist es indessen, ob im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zwischen Deutschland und England, die Kleinstaaten Belgien und Holland von der Kriegsfürse verschont bleiben würden.

Diese beiden Kleinstaaten sind für Fra Freiheit und England, die seit dem Kriegsfall auch als solcher benutzt werden. Sollten Franzosen oder Engländer in Belgien oder Holland einzudringen, so wäre es natürlich ein Gebot der Selbstverteidigung für Deutschland, seine Heere auch in diesen neutralen Staaten operieren zu lassen.

Eden leistet in Sibirien eine Agitation im Gange, die Wehrkraft des Landes zu stärken. Man hat als gefährlichste Nachbar in erster Linie Russland im Auge. Aber auch Deutschland ist in dieser Beziehung genannt worden.

Es erscheint einfach unfinst, wenn sich das schwedische Volk von einigen Helden derartige Dinge ins Ohr blasen läßt.